

ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

über die 4. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom: 01.09.2021
von: 16:00 Uhr
bis: 17:25 Uhr
Ort: Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151,
57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal

Anwesend waren:

Vom Haupt- und Finanzausschuss:

Bürgermeister Mues, Steffen	als Vorsitzender
Stv Boller, Joachim	
Stv Groß, Michael	
Stv Keßler, Silvia	
Stv Klein, Henning	
Stv Klein, Marc	
Stv Langer, Günther	vertritt Bertelmann, Hans-Günter
Stv Molzberger, Adhemar	
Stv Rujanski, Detlef	
Stv Schiltz, Ingmar	
Stv Shirley, Julia	
Stv Sondermann, Christian Paul	
Stv Tigges, Johannes	
Stv Walter, Klaus Volker	
Stv Weber, Frank	

Als Zuhörer im nichtöffentlichen Teil:

s. B. Hellwig, Raimund

Von der Verwaltung:

StBR Schumann

StR Fries
Kauf. Betriebsleiter ESi Quandel
Städt. BD Schreiber
Städt. VD Erner
Städt. VD Werthenbach
VA Dr. Schutz
StAR Münker

Schriftführung

Nicht anwesend waren:

Stv Bertelmann, Hans-Günter vertreten durch Stv Langer, Günther
Stv Steffe, Roland
Stv Wittenburg, Samuel

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Der öffentliche Teil wird ergänzt um den nachgereichten Punkt 16.

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 09.06.2021

Es werden keine Hinweise vorgebracht.

4. HFA 01.09.2021

2. Fragestunde

Es wurden keine Anfragen eingereicht.

4. HFA 01.09.2021

3. Anträge gemäß § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

4. HFA 01.09.2021

**4. Anregung/Beschwerde gem. § 24 GO NW
hier: Antrag auf Errichtung einer Lichtsignalanlage in Höhe Freigründer Straße
vom 08.06.2021**

Vorlage Nr. VL 471/2021

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen bestätigt, gem. Ziff. 4 a) der Anlage II zur Hauptsatzung der Stadt Siegen, die Stellungnahme des Bürgermeisters und erklärt aufgrund der Ausführungen die Anregung/Beschwerde der Anwohner der "Freiengründer Straße" zurück in den Bauausschuss und Verkehrsausschuss zu verweisen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

4. HFA 01.09.2021

5. Kenntnisaufnahme der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen des 1. und 2. Quartals 2021

Vorlage Nr. VL 452/2021

=> *Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen des 1. und 2. Quartals des Haushaltsjahres 2021 zur Kenntnis.*

4. HFA 01.09.2021

**6. Gesamtabchluss für das Haushaltsjahr 2020
Hier: Verzicht auf die Aufstellung gemäß § 116a GO NRW**

Vorlage Nr. VL 455/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, auf die Aufstellung eines Gesamtabchlusses für das Haushaltsjahr 2020 zu verzichten. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass das Vorliegen der Voraussetzungen hierfür auf Grundlage der relevanten Jahresabschlüsse der Jahre 2019 und 2020 der Stadt Siegen und ihrer vollkonsolidierungspflichtigen Tochterunternehmen bestätigt wird.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

4. HFA 01.09.2021

7. RWE-Aktien der Stadt Siegen

Vorlage Nr. VL 459/2021

Frau Shirley wiederholt die langjährige Kritik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an der Geschäftspolitik der RWE AG, die in keinsten Weise den Forderungen nach Natur- und Klimaschutz entspricht. Darüber hinaus erhalten die Vorstände hohe Entschädigungen zu Lasten

der Steuerzahler. Vor diesem Hintergrund ist es nicht richtig, dass die Stadt Siegen durch die Dividenden profitiert.

Herr Weber verweist entgegenend darauf hin, dass es nicht darum geht, das Geschäftsgebahren ideologisch zu bewerten sondern um den rein finanziellen Faktor.

Herr Boller ist der Meinung, dass die Stadt Siegen durchaus ihre Verantwortung wahrnehmen und sich in der Aktionärsversammlung entsprechend gegen die Geschäftspolitik positionieren sollte.

Herr Schiltz verweist auf die Verantwortung des Rates für die städtischen Finanzen. Es wäre fahrlässig, Aktien unter Wert zu verkaufen.

=> *Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den Bericht zur weiteren Entwicklung des RWE-Konzerns und des Kurses der RWE-Aktie zur Kenntnis.*

4. HFA 01.09.2021

8. Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.06.2021

Vorlage Nr. VL 479/2021

=> *Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.06.2021 zur Kenntnis.*

4. HFA 01.09.2021

9. Maßnahmen zur Radverkehrsförderung, Erstellung "Strategischer Rahmenplan Radverkehr"

Vorlage Nr. VL 481/2021

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt nach Aussage von Herrn Boller im Grunde die Maßnahmen, auch wenn im Detail Kritik geäußert wird. So werden zum Beispiel die Planungsgrundlagen für veraltet und daher für falsch gehalten. Der anzustrebende Anteil des Radverkehrs ist gegenüber der Zielsetzung des Landes - 8% gegenüber 25% - sehr zurückhaltend. Um die Umsetzung der Maßnahmen in einem zeitlich akzeptablen Rahmen zu ermöglichen, müssten insbesondere in der Anfangsphase deutlich mehr Planungskapazitäten zur Verfügung stehen. Er befürchtet, dass die zeitliche Umsetzung bis 2022/2023 nicht möglich sein wird, zumal sich bei Hinzuziehung externer Büros die Zeitschiene zusätzlich verlängern würde. Dennoch sollten Maßnahmen, wo immer möglich, umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang hält der den Zeitraum zwischen der letzten Mobilitätsbefragung im Jahr 2017 und der nächsten für 2025 geplanten für zu groß, um Entwicklungen richtig einordnen zu können.

Auf die Nachfrage von Herrn Schiltz zur Besetzung der Stelle des Radverkehrsplaners hält Frau Schreiber fest, dass diese besetzt, dessen Nachfolge in der Abteilung Straßenunterhaltung aber noch nicht geklärt ist. Im Übrigen sind auch, soweit zur Forderung von Herrn Boller nach mehr Planungskapazitäten, auch die anderen Mitarbeitenden in der Abteilung engagiert und in der Lage, Radwege zu planen.

Bürgermeister Mues weist darauf hin, dass im Tagesgeschäft viele Kleinigkeiten, wie zum Beispiel die Notwendigkeit von Kampfmittelverdachtsuntersuchungen oder Umweltaspekte die Planung verzögern. Zudem ist es nicht einfach, eine Infrastruktur für den Radverkehr, dessen Akzeptanz als Verkehrsmittel sich rasant entwickelt hat, in vorhandene Strukturen mit den topografischen Gegebenheiten einzupassen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen nimmt die Darstellung zum Radverkehr und die damit verbundenen strukturierten Ausbauplanungen der Radverkehrsinfrastruktur zur Kenntnis.

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Ausarbeitung eines gesamtstädtischen „Strategischen Rahmenplan Radverkehr“ zum Ausbau der Radinfrastruktur unter Berücksichtigung der erarbeiteten oder in Erarbeitung befindlichen Konzepte und Planungen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

4. HFA 01.09.2021

10. Satzung der Stadt Siegen über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten des Flurbereinigungsverfahrens Langenholdinghausen 27591 (L. 422)

Vorlage Nr. VL 378/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt folgende Satzung:

Satzung der Stadt Siegen über die Aufhebung von Festsetzungen für gemeinschaftliche Angelegenheiten des Flurbereinigungsverfahrens Langenholdinghausen 27591 (L. 422);
Aufhebung der Zweckwidmung für einen Teilbereich des Wirtschaftsweges Gemarkung Meiswinkel Flur 2 Flurstück 23

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

4. HFA 01.09.2021

11. Förderprojekt Fischbacherberg – Erfahrungsfeld Schön und Gut: Deckung voraussichtlicher Mehrkosten, aufgrund aktueller Preissteigerungen im Baugewerbe.

Vorlage Nr. VL 469/2021

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt, weil es sich um einen Fall von Dringlichkeit handelt, gem. § 60 Absatz 1 Satz 1 GO NRW:

1. dass die Stadt Siegen im Falle von auftretenden Mehrkosten zur baulichen Umsetzung des Projektes Fischbacherberg – Erfahrungsfeld Schön und Gut die zusätzlichen Kosten bis zu einer maximalen Höhe von 240.000 € aus ihren Haushaltsmitteln bezahlen wird.
2. die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gemäß § 85 Abs. 1 GO NRW in Höhe von 400.000 € auf „T090201080/7851000 – Erfahrungsfeld Fischbacherberg/Auszahlung für Hochbaumaßnahmen“. Die Deckung erfolgt durch Nichtinanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung bei der Investitionsmaßnahme T120204084 – Kreisverkehr Schleifmühlchen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

4. HFA 01.09.2021

12. Sofortmaßnahmen: Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040

Vorlage Nr. VL 379/2021

Bezug nehmend auf den Wortbeitrag von Herrn Boller erläutert Herr Schumann die Überlegungen der Verwaltung, den Standard KfW55 bei der Sanierung von Bestandsgebäuden nicht festzuschreiben, da dazu zunächst sehr spezielle Fachkenntnisse erforderlich sind. Sowohl in diesen Fällen, als auch bei der Erweiterung vorhandener Gebäude ist abzuwägen, wie sich Energiesparmaßnahmen auf die vorhandene Bausubstanz auswirken.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, bis zur Verifizierung durch die Roadmap/Fahrplan „Klimaneutraler Gebäudebetrieb 2040“ folgende Sofortmaßnahmen:

1. sich zunächst der Definition des EU-Parlaments zur Klimaneutralität anzuschließen.
2. Neubauten (auch Anbauten im Bestand) der Stadt Siegen mindestens im Passivhausstandard zu errichten. (vorbehaltlich Einzelfallfestlegungen für besondere Gebäude, wie etwa Schwimmbäder, Veranstaltungsgebäude)
3. die CO₂-neutrale Wärmeversorgung der Liegenschaften anzustreben (fossile Wärmeerzeuger sind nur in technisch zuvor begründeten Einzelfällen zulässig) und verfügbare Fördermittel bei jeder Heizungssanierung zu beantragen.

4. bei allen Neubauten und Dachsanierungen die solare Nutzung der Dachfläche verpflichtend umzusetzen, entweder in Eigenregie oder mit Hilfe eines externen Dienstleisters, welcher den Strom aus der Anlage an die Stadt direkt liefert. Die **Maximalauslegung** („Maximalauslegung bedeutet die Dachflächen abzüglich der Flächenanteile des Daches, die wegen Verschattung, Dachaufbauten, Dachfenstern, anderer Dachnutzungen oder Ausrichtung nach Norden (Himmelsrichtungen zwischen Ostnordost und Westnordwest) nicht genutzt werden können) der Anlagen ist anzustreben, wo möglich in Kombination mit einer Dachbegrünung.
5. schon jetzt Kompensationsmaßnahmen anzugehen und diese bilanziell zu erfassen.
6. dass die Kompensation von Emissionen zunächst vorrangig innerhalb des Stadtgebietes und erst nachrangig außerhalb des Stadtgebietes erfolgen muss.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen spricht sich dafür aus, die vorstehenden Beschlüsse auch auf die KEG anzuwenden.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

4. HFA 01.09.2021

13. Mittelbereitstellung für das Außengelände der zukünftigen DRK-Kita Breitscheidstraße

Vorlage Nr. VL 444/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, dem DRK-Kreisverband Siegen-Wittgenstein als zukünftigen Träger der Kita Breitscheidstraße einen freiwilligen Zuschuss zur Herrichtung des Außenspielgeländes in Höhe von 25.000,00 € zu gewähren.
Die erforderlichen Mittel werden im Haushaltsplan 2022 eingestellt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

4. HFA 01.09.2021

14. Verteilung der Fördermittel zur Flexibilisierung der Betreuungszeiten nach § 48 KiBiz für den Zeitraum 01.08.2020 bis 31.07.2024

Vorlage Nr. VL 465/2021

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt:

1. Die Förderung der seit 01.08.2020 im Projekt „Flexibilisierung von Betreuungszeiten“ gemäß § 48 KiBiz befindlichen 4 Tageseinrichtungen für Kinder wird längstens bis zum 31.07.2024 fortgesetzt.
2. Gefördert werden die in Punkt 2 der Vorlage genannten Angebote.
3. Die Angebote werden prozessbegleitend evaluiert. Über die Entwicklung der Angebote wird dem Jugendhilfeausschuss im Rahmen der jährlichen Bedarfsplanung berichtet.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

4. HFA 01.09.2021

**15. Schulentwicklungsplanung 2020/2021 - 2024/2025
- Teilplanung Gymnasien -**

Vorlage Nr. VL 413/2021

Vorlage Nr. VL 413/2021 A

Herr Schmidt erläutert, dass die Verwaltung den Prüfauftrag des Fachausschusses in der Sommerpause mit dem in der Ergänzungsvorlage dargestellten Ergebnis abgearbeitet hat. Aktuell hat die Bezirksregierung ihre Zustimmung dazu signalisiert. Er betont, dass die Frage, inwieweit eine sukzessive auslaufende Schule bis zum letzten Jahrgang vollumfänglich in Betrieb bleiben wird, nicht beantwortet werden kann. Diesbezüglich liegt die Zuständigkeit bei der Schulaufsicht.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt die Vorschläge, erklärt Herr Groß, wenn es auch immer sehr schwierig ist, über die Schließung einer Schule zu befinden. Er stellt heraus, dass es um eine rein faktenbasierte Entscheidung aufgrund der Anmeldezahlen geht und damit keine inhaltliche Bewertung des pädagogischen Konzeptes am Peter-Paul-Rubens-Gymnasium (PPR) verbunden ist. Es zeichnete sich in der Schulentwicklungsplanung bereits seit geraumer Zeit ab, dass das gymnasiale Angebot in der Stadt Siegen über dem Bedarf liegt. Auch seine Fraktion ist der Meinung, dass der Schulstandort Rosterberg mittelfristig erhalten werden sollte und sich für eine in der Diskussion stehende vierte Gesamtschule anbieten würde.

Die Verwaltung sieht den Standort als einen der besten im Stadtgebiet und möchte diesen für eine schulische Nutzung erhalten, so Herr Schmidt. Bezüglich einer weiteren Gesamtschule besteht jedoch eine gewisse Skepsis hinsichtlich der rechtlichen Anforderungen.

Die FDP-Fraktion hatte sich im Fachausschuss für eine Verlängerung des Anmeldeverfahrens eingesetzt, so Herr Walter, um dem PPR noch eine Chance zu geben. Große Sorge bereitet

auch der Vorschlag, die Zahl der auswärtigen Schüler zu begrenzen, was vor allem zu Lasten des Gymnasiums Auf der Morgenröthe (GAM) gehen würde. Daher hatte die FDP vorge schlagen, das PPR mit dem GAM am Standort Morgenröthe zu fusionieren. Mit diesem und den weiteren im Schulausschuss vorgelegten Vorschlägen könnte nach Auffassung seiner Fraktion auf Dauer Ruhe im Schulsystem erreicht werden. Die Bedenken und Vorschläge fanden aber weder im Fachausschuss noch in der Verwaltung Gehör.

Zwischenzeitlich habe die Schulverwaltung kurzfristig ihre Einschätzung zum Raumangebot am Löhrtor-Gymnasium und am GAM revidiert, was die Vorbereitung in der Politik und die Diskussion mit den Schulen erheblich erschwert habe. Auch der heute vorliegende Vorschlag war bisher nicht abgesprochen.

Im Übrigen bitte die Fraktion um eine Aussage im Protokoll, ob ab dem Schuljahr 2023/2024 am PPR noch Schüler in die Oberstufe aufgenommen werden.

Er geht davon aus, dass für die nächsten Jahre Unruhe im Schulsystem bestehen wird, wenn die Mehrheit so wie vorgeschlagen entscheiden sollte. Er appelliert, die Schulausschusssitzung am 14.09.2021 abzuwarten und dort noch einmal zu beraten.

Herr Schmidt entgegnet, dass vielmehr die vielen Vorschläge und Prüfaufträge zu Unruhe bei den potenziell Betroffenen geführt haben. Die Vorschläge der FDP-Fraktion hätten bedeutet, zwei Gymnasien und zwei Realschulen zu schließen sowie zwei Neugründungen zu organisieren. Diese Problematik wurde im Fachausschuss erkannt und nicht befürwortet. Er weist auch den Vorwurf zurück, die Schulverwaltung habe nicht ordentlich gearbeitet. Die Verwaltung habe einen aus ihrer Sicht gut begründeten Vorschlag vorgelegt. Die Mehrheit im Fachausschuss hatte dagegen andere Vorstellungen, die entsprechend in kürzester Zeit in den Sommerferien geprüft wurden mit vorliegendem Ergebnis. Aufgrund des engen Zeitfensters wurde es in Absprache mit dem Vorsitzenden als vertretbar angesehen, die Beratung im Fachausschuss nach der der heutigen Beratung vorzusehen.

Herr Weber weist die Aussage von Herrn Walter zurück, CDU und SPD wollten die Schule schließen. Es gehe nur um die Notwendigkeit aufgrund der Anmeldezahlen.

Herr Schiltz stellt positiv heraus, dass die Verwaltung und die Schulen den Prüfauftrag in den Sommerferien zügig abarbeiten konnten. Es liegt nun ein Kompromiss vor, der eine breite Zustimmung ermöglicht und mit dem alle Beteiligten in den nächsten Jahren agieren können und mit dem alle die Betreuung in Anspruch nehmen können, für die sie sich entschieden haben. Er teilt jedoch die Skepsis, dass auch der jetzige (letzte) Einschulungsjahrgang das Abitur am PPR ablegen können wird. Angesichts der seit mindestens 10 Jahren geführten Diskussion über die Überkapazitäten bei den Gymnasien hat er kein Verständnis für die ad hoc vorgelegten, weitreichenden Vorschläge der FDP-Fraktion und erachtet das Vorgehen als Kontraproduktiv, insbesondere für die davon potenziell betroffenen Schulen. Er betont abschließend, dass die aktuelle Entscheidung fachlich in keinem Zusammenhang mit dem Prüfauftrag für eine weitere Gesamtschule steht, wenngleich die Diskussion in dieser Richtung nicht ausbleiben wird.

Herr Langer unterstreicht die Aussage seiner Vorredner, dass die Entscheidung über das Auslaufen der Schule kein Urteil zur Qualität des pädagogischen Konzeptes beinhaltet. Es ist eine schwere Entscheidung, die sich aber aus Fakten ergibt. Da noch keine Gelegenheit bestand, die Ergänzungsvorlage in der Fraktion zu beraten wird er sich bei der Abstimmung enthalten.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die nachstehenden Maßnahmen.

1. Das Ganztagsgymnasium Peter-Paul-Rubens-Gymnasium, Rosterstraße 143, 57074 Siegen, nimmt am Anmeldeverfahren des Schuljahres 2022/2023 nicht mehr teil. Die Schule wird ab dem Schuljahr 2022/2023 (01.08.2022) sukzessive aufgelöst.
2. Für die Gymnasien wird gemäß § 46 Abs. 6 Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Schulgesetz NRW – SchulG) festgelegt, dass Schülerinnen und Schülern, die in ihrer Gemeinde eine Schule der gewählten Schulform Gymnasium im Sinne des § 10 SchulG besuchen können, die Aufnahme verweigert wird, wenn die Zahl der Anmeldungen die Aufnahmekapazität der Schule übersteigt.
3. Die Zügigkeit der dann drei städtischen Gymnasien wird ab dem Schuljahr 2022/2023 auf insgesamt 10 Züge, je 3 Züge am Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium und Gymnasium Auf der Morgenröthe sowie 4 Züge am Gymnasium Am Löhrtor, festgelegt.

Für die schulorganisatorischen Maßnahmen nach Ziff. 1 und 3 ist das Genehmigungsverfahren nach § 81 Abs. 3 SchulG einzuleiten.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 2 Enthaltungen (UWG, FDP)

4. HFA 01.09.2021

16. Rückbau Weißwehr Lothar-Irle-Straße: Deckung von Mehrkosten

Vorlage Nr. VL 507/2021

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Universitätsstadt Siegen beschließt, weil es sich um einen besonderen Fall von Dringlichkeit handelt, gem. § 60 Absatz 1 Satz 1 GO NRW:

Die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gem. § 85 GO NRW in Höhe von 320.000,- € für die Vergabe der submittierten Bauleistungen Bauarbeiten „**Rückbau Weißwehr Lothar-Irle Straße**“ Die Deckung erfolgt durch Nichtinanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung bei der Investition T 130203017 -Verrohrung Hofbach-.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

4. HFA 01.09.2021